



Mehr Investitionen und Innovationen am Heimatstandort

Erwartungen der hessischen Wirtschaft
an die Politik nach der Bundestagswahl 2021

19 |

Güterverkehr

Warentransporte erleichtern

Stellenwert der Warentransporte in der Politik erhöhen

Der Güterverkehr in Deutschland wächst stark: Laut Bundesverkehrswegeplan von 2010 bis 2030 um 38 Prozent. Bundestag und Bundesregierung sollten dem Warentransport mehr Beachtung schenken. Die Belange der Logistik und des Güterverkehrs fristen oft ein Schattendasein – im Vergleich zur Beförderung von Personen. Güterverkehre müssen effizient abgewickelt werden, um Bürger und Betriebe finanziell und zeitlich zu entlasten. Liefer- und Logistikketten sollten von der Politik intermodal betrachtet und Verkehrsträger nicht gegeneinander ausgespielt werden. Nötig ist ein reibungsloses Zusammenspiel von Schienen-, Wasser-, Luft- und Straßenverkehr.

Straße: Bei neuen Antrieben und Kraftstoffen technologieoffen bleiben

Die Straße ist und bleibt Verkehrsträger Nr. 1 im Güterverkehr im dicht besiedelten Deutschland. 1,3 Mio. Lkw sind täglich unterwegs und transportieren über 70 Prozent aller Waren. Technischer Fortschritt hat neue Antriebe und Kraftstoffe ermöglicht. Elektromobilität stößt im Straßengüterverkehr aber an technische und quantitative Grenzen. Die Politik sollte möglichst technologieoffen sein und nicht einseitig z. B. auf Elektromobilität setzen. Treibhausgasneutral hergestellter synthetischer Kraftstoff und Biokraftstoffe sind Alternativen, um im Straßengüterverkehr Emissionen zu senken – wie auch in der Luftfahrt. Steuerliche Doppelbelastungen sind zu vermeiden.

Schiene: Mehr Kapazitäten für den Güterverkehr schaffen

So wünschenswert die Verlagerung von Gütern von der Straße auf die Schiene auch ist: Aufgrund der räumlichen Wirtschaftsstrukturen ist sie in Deutschland nur begrenzt möglich. Dennoch müssen die Potentiale besser gehoben werden: Der Einsatz von möglichst langen Güterzügen, die auch im Kombinierten Verkehr eingesetzt werden können, muss erleichtert werden. Der Bundestag und Bundesregierung müssen die Infrastruktur so ausbauen lassen, dass Ausweich-, Kreuzungs- und Überholmöglichkeiten für Güterzüge berücksichtigt werden.

Mehr Lkw-Stellplätze und mehr Sicherheit auf Rastanlagen

Bundesweit fehlen Lkw-Stellplätze auf Rastanlagen auf und an Autobahnen. Allein in Hessen müssen der Bund und die neue Autobahn GmbH mindestens 3.000 neue Stellplätze bauen lassen – spätestens bis 2030. Zudem muss überall das Kolonnen- bzw. Kompakt-parken ausgeweitet werden. Digitale Parkleitsysteme, die freie Parkplätze automatisiert erfassen und Fahrern sowie Disponenten Echtzeitinformationen liefern, müssen errichtet werden. Der Bundestag sollte zudem den Ausbau der Videoüberwachung an Rastanlagen fördern.

Lang-Lkw: Mehr Straßen zulassen

Damit mehr Güter je Lkw transportiert werden können und der Schadstoffausstoß und die Straßenabnutzung pro Tonne Ladung sinken, sollten Lang-Lkw auf viel mehr Straßen zugelassen werden. Die Genehmigungsverfahren sollten effizienter und schneller erfolgen als in der Vergangenheit. Die Autobahn GmbH des Bundes könnte die zentrale Prüfung und Freigabe übernehmen, was insbesondere bei länderübergreifenden Streckenführungen Vorteile hätte. Um auch in der Stückgut- und Systemlogistik die Effizienz zu steigern, sollte das Beförderungsverbot kennzeichnungspflichtiger gefährlicher Güter auf Beförderungen in Tanks und loser Schüttung begrenzt werden. Bilaterale Abkommen mit Nachbarstaaten zum grenzüberschreitenden Verkehr sollten schnellstmöglich aufgenommen werden.